

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Sabon & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180.— M., Einzelnummer 5.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Kompariszeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3spaltige Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vorfriederlegung 3 M.

Nr. 207

Dresden, Dienstag den 5. September 1922

33. Jahrg.

Guter Fortgang der Einigungsverhandlungen

Schulbedarfsgesetz und Parteien

Von höchstem Interesse ist, wie sich die einzelnen Parteien zu diesem kulturell bedeutsamen Gesetz gestellt haben.

Das Gesetz ist in allen seinen Teilen mit den Stimmen der Arbeiterparteien durchgesetzt worden. Die Änderungen zur Vorlage wurden gemeinsam durchberaten und zu Anträgen verdrängt. Auch die kommunistische Partei enthielt sich aller Sonderanträge. Für das ganze Gesetz stimmten noch die Demokraten, während die beiden Rechtsparteien mit dem Abg. Pfeiffer das Gesetz ablehnten.

Der Zentrumabgeordnete mußte die gewaltigen Fortschritte des Gesetzes anerkennen, war aber nicht in der Lage, dem von ihm gebilligten Gesetz zuzustimmen, weil er „nicht die christlichen kulturellen Belange im Sinne der Reichsversammlung gemahnt“ sieht. Das bischöfliche Ordinariat der Diözese Weißen in Bautzen hatte in einer Eingabe verlangt, daß der obersten kirchlichen Behörde und der Elternschaft, die beide an der Führung des Charakters der Befehlsstelle das größte Interesse haben, ein Einfluß auf die Besetzung der Lehrstellen an diesen Schulen eingeräumt werde. „Also der Kirche zuliebe sollte der Gedanke der Staatschule, wie er namentlich in der Besetzung zum Ausdruck kommt, praktisch fallen gelassen werden. Es genügt ihnen nicht, daß ihr Schulausschuß von drei vorgeschlagenen Bewerbern einen wählen kann, sie wollen sich ihre Gezeiten selbst suchen. So konnte der Politiker Schein den Kirchendiener Schein nicht im Stiche lassen und beugte seine Einsicht willig unter den Krummstab. Hava pia anima!

Die beiden Rechtsparteien lehnten das Gesetz ab, „weil den Gemeinden jedes Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung der Lehrstellen genommen worden ist, weil der Staat keine Verpflichtung übernimmt, in Zukunft für Religionslehrer zu sorgen, weil der Staat einen Dualismus hereinbringt in das Bildungsweisen, wenn er für manche Gemeinde das 9. und 10. Schuljahr als höhere Schulform in der Besetzung übernimmt, andere Gemeinden aber die Besetzung der Schulkräfte an höheren Schulen und die Unterhaltung derselben allein überläßt“.

Das sind drei Behauptungen des Berichtstatters für die Minderheit, des Abg. Dr. Herrmann, jenes bedeutenden Kenners des Wortes Marxismus, die alle drei falsch sind. 1. Die Gemeinde hat, wie oben gesagt ist, heute noch ein wenn auch beschränktes Mitbestimmungsrecht bei Lehrstellen. 2. Der Staat sorgt wie bisher auf dem Verordnungswege für gewünschten Religionsunterricht. Wir haben es nur abgelehnt, Nachlehrer für Religionsunterricht, also Leute, die von früh bis abends nur in „Religion machen“, anzustellen und die Autoritäten vom Religionslehrer in Leipzig als solche anzuerkennen, wie es ein Antrag der Deutschnationalen wünschte, weil sie keine staatliche Prüfung wie andre Lehrer haben, sondern nur unter dem frommen Augenaufschlag der Orthodoxie heranziehen, welcher auch bei einem so „bedeutenden Schulmann“ wie Benz die Pädagogik erübrigt. 3. Der Dualismus im Bildungsweisen ist Unfug, denn ob jemand bezahlt oder nicht bezahlt, hat höchstens einen Dualismus in der Praxis, aber nicht in der Bildungswesen zur Folge. Die Angst des Realischaufsehers vor Abbau seines Schulsystems ging Schlagwörter jaden und griff daneben.

Es ist nur zu begrüßen, daß die Parteien der Rechten den Entwurf ablehnten. Ihre fadenheiligen „Gründe“ lassen uns den wahren Grund erkennen. Es ist der Kampf gegen die Forderung der Bildung der breiten Massen, der in der Ablehnung erneut dokumentiert worden ist. Solange schädliche Schulgesetze gemacht werden ist, können Fortschritte nur von freierwilligen Strömungen, niemals von konservativen Tendenzen. Biele reiche Bauerngemeinden haben wir in Sachsen, die ihr Schulhaus fast der Verwahrlosung anheimgeben, keine Anstalt trafen, An- u. Um- oder Neubauten vorzunehmen, erst als Arbeiter im Gemeinderat etwas zu sagen hatten, wurde es anders. Heute oder werden wir sehr unter den Folgen der „Schulruhmlosigkeit“ der Kreise von rechts.

Auch die demokratische Fraktion hat im Kampfe um das Schulgesetz eine eigenartige Rolle gespielt. Dr. Seyfert hat den Ruf seines Namens als Schulkämpfer nicht erneut und nicht erhöht. Eigenartige festliche Dispositionen mögen dazu geführt haben, seine Haltung zu bestimmen. Seyfert war der führende Mann im Schulkampf 1912, man begreift nicht bloß in der Lehrerschaft seine Ernennung zum Kultusminister. Aber er hat während dieser Zeit keine glückliche Hand gehabt, hat in der Frage der weltlichen Schule ungeliebter gehandelt, brachte kein neues Gesetz heraus, kurz, er ist nicht in der neuen Zeit verankert. Er hat es überlassen, daß das Gesetz nicht mit ihm gemacht worden ist. Konnten wir uns zusammenlegen mit einer Partei, die in wichtigen Misstrauensverurteilungen gegen die Regierung die Reaktion führte, die dem Staate wichtige Gesetze zur Herbeiführung finanzieller Mittel abgelehnt hat? Gewiß sind auch Anregungen von dieser Seite ins Gesetz eingearbeitet worden, darüber hinaus wurden aber alle Anträge abgelehnt, weil sie sachlich unbedeutend oder unbedeutend waren. In der Kapresserie hat Dr. Seyfert vor gewisser Bestimmung der Parteien sowohl als auch seitens der Regierung die Unbegreiflichkeit seiner Befürchtungen nachgedrückt worden war, und gerade das war ein eigen-

Am Montag sehten die Beauftragten der Parteivorstände der S. P. D. und U. S. P. die Beratungen über die Einigungsfrage fort. Besprochen wurde zunächst das Aktionsprogramm, über das volle Einmütigkeit erzielt wurde. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein prinzipielles Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Ueber eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde dem gegenseitigen Entgegenkommen ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt. Mit der Beratung einiger, speziell organisatorischer, Fragen wird sich am Mittwoch eine engere Kommission, der Mitglieder beider Parteivorstände angehören, beschäftigen.

tümliches Licht auf seinen Kampf. In der Lehrerschaft mußte der Eindruck erweckt werden, als wenn das Schulbedarfsgesetz gar nicht diese Bedeutung hätte, als es tatsächlich hat. Die Lehrerschaft in ihren führenden Personen hat ein andres Urteil. Die Sozialdemokratie hat in die Rechte ihrer kulturellen Politik ein weiteres, bedeutendes Glied eingefügt. Trotz schwerer finanzieller Lage des Staates hat auch der Finanzminister als Abgeordneter dem Gesetz in der neuen Fassung seine Zustimmung gegeben, und so hat die Sozialdemokratische Partei mit den andern Arbeiterparteien ein Gesetz geschaffen, das Sachsen an die Spitze des deutschen Schulwesens stellt.

Man darf nun auch erwarten, daß sich die Lehrerschaft mit innerem Anteil an den Vorden der Republik stellt und aktiv die Kinder zu begeisterten Anhängern erzieht, man darf aber auch erwarten, daß sie in ihrer Wehrheit die politischen Konsequenzen zieht, kulturhemmenden Parteien endgültig den Abschied gibt und in den Reihen der Pioniere für ein neues kulturelles Deutschland begeistert mitkämpft, in den Reihen der Arbeiter.

Die Tagung des Völkerbundes

Genf, 4. September. Die erste Sitzung der dritten Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag 11^{1/2} Uhr durch den derzeitigen Präsidenten des Völkerbundes, den belgischen Staatsminister in London, eröffnet. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde nach der Ansprache des Präsidenten sofort vertagt.

Zum dritten Male tagt jetzt in Genf die Völkerbundsversammlung. An Arbeit fehlt es ihr wahrhaftig nicht. Wichtige Fragen stehen zur Beratung: das Orientproblem, der Schutz der nationalen Minderheiten, die allgemeine Abrüstung. Und als Brennpunkt die Frage: Was wird mit Oesterreich? Diesem Lande steht das Wasser bis an der Kehle. Seipels Reisen nach Prag, Berlin und Rom haben kein greifbares Ergebnis gezeitigt. Vorfällig haben so Venedig wie Schanzer erklärt, sie wollten dem Völkerbund nicht vorgreifen. Ob aber Genf der Ort ist, wo dem bedrängten Lande die notwendige rasche Hilfe erteilt, ist zum mindesten zweifelhaft. Nach dem, was in der Pariser Information der Senator Dauferre schreibt, sieht es nicht so aus. Danach soll der Völkerbund, der die Not der jungen Donauraubpublik lenke und von der Notwendigkeit, sie zu retten, durchdrungen sei, Hilfsmittel vorschlagen und den alliierten Regierungen unterbreiten. Daß solche Anfründigungen den gesunkenen Lebensmut in Oesterreich nicht gerade beleben, ist verständlich. Denn zwischen Vorschlag und Ausführung liegt erfahrungsgemäß noch eine lange Spanne, in der die Alliierten schon der völlige Zusammenbruch der Donauraubpublik erfolgt. Das der Völkerbundsversammlung begreiflich zu machen, wird Bundeskanzler Seipels Hauptaufgabe sein, der auch nach Genf gereist ist. Morgen werden die Besprechungen über Oesterreich beginnen.

Für die Erörterung der Abrüstungsfrage hat Robert Cecil, der englische Delegierte, Grundzüge ausgearbeitet, die als Basis für die Besprechungen dienen sollen. Die Abrüstungskommission hat sie angenommen. Sie belegen, daß die Entwaffnung allgemein sein und ein alle umfassendes Defensivabkommen Gewähr für gegenseitige Hilfeleistung im Falle der Gefahr geben müsse; ferner, daß ein wirksames Organ die Überwachung der Rüstungen überwachet. — Auch hier kann der Völkerbund nur den Regierungen Vor-

Die Erhöhung der Beamtengehälter

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die am 4. September zwischen den beteiligten Gewerkschaften und der Regierung geführten Verhandlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der Zulage gegenüber dem August um rund 30 Prozent. Leider gelang es auch diesmal nicht, den Ortszuschlag zu erhöhen. Der prozentuale Feuerungszuschlag steigt nach der neuesten Erhöhung von 305 um 132 auf 437 Prozent. Für die ersten 10 000 M. Grundgehalt und Ortszuschlag werden 492 Prozent gezahlt. Die Feuerungszulage zu den Kinderzulagen erhöhen sich ebenfalls um 132 auf 437 Prozent. Die Zulage bringt dem als Stichtmann in Betracht kommenden Beamten der Gruppe 3, Stufe 3 in Ortsklasse A ein Mehr von monatlich 224 M., dem verheirateten mit einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 2573 M. Die Verhandlungen über die Arbeiterfrage beginnen heute Dienstag nachmittags 3 Uhr, und die Gewerkschaften haben sich vorbereitet für den Fall, daß die Preissteigerung in dem gleichen Maße sich fortsetzt, um neue Verhandlungen nachzusuchen.

Der Mord in Oberkassel

Düsseldorf, 5. September. (Eig. Drahtm.) Die Untersuchung in der Oberkasseler Mordaffäre hat bisher noch kein Ergebnis erzielt. Von Seiten der Regierungspräsidenten ist eine Vernehmung von 100 000 M. auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt worden. Die Stadtverwaltung will auch ihrerseits eine Vernehmung von 5000 M. aussetzen. Die Untersuchung gestaltet sich so schwierig, weil die sofort nach der Mordtat nach Oberkassel geflüchten deutschen Kriminalbeamten von den Belgiern verhaftet und erst nach 24 Stunden zur Untersuchung zugelassen wurden. Man nimmt hier allgemein an, daß es sich nicht um einen nationalistischen Aufschlag, sondern um irgend eine Liebesaffäre handelt.

Die griechischen Verluste

Paris, 5. September. Daraus weißt aus Angora: In der Schlacht von Gökischir fielen ungefähr 200 Gefangene erbeutet worden. Der Fall der Stadt Ushak bestatigte sich. Die Verluste der Griechen werden auf etwa 12 000 Mann geschätzt, nämlich 6000 in der Schlacht von Ushak-Karabassif, 6000 in der Schlacht von Gökischir, der Rest bei anderen Kämpfen.

Schlüsse machen — ob sie angenommen werden, steht auf einem andern Blatte.

Als neuer Vorsitzender wurde von der Versammlung am Montag nachmittags der dänische Vertreter Edwards mit 42 von 44 Stimmen gewählt.

Man soll den Völkerbund nicht unterschätzen, wie es vielfach in Deutschland geschieht; denn er ist doch immerhin ein Anfang. Freilich, an einer schlimmen Wunde krankt er von der Stunde seiner Entstehung an, und in sie legt Franco Ritti, der ehemalige italienische Ministerpräsident, in seinem nun auch deutsch erschienenen Buche: Das friedlose Europa, anklagend den Finger. Er schreibt:

Welch großer Schritt vorwärts zum Frieden wäre es, wenn man unbedinglich alle Staaten, die bisher feindlich waren, in den Völkerbund aufnehmen würde. Von der europäischen Kulturmenschen fehlen zur Zeit mindestens 850 Millionen im Völkerbund; die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nicht mehr daran beteiligen wollten, nachdem der Vertrag von Versailles die Gewalt sanktioniert hat; Rußland, das nicht konnte, weil es sich in einer so schwierigen Lage befand; Deutschland, Ungarn, Oesterreich, Bulgarien, denen man die Teilnahme unterlagte, die Türkei usw. Der Völkerbund war ein prächtiger Einfall, ich habe an ihn geglaubt und seine Entwicklung mit warmer Anteilnahme verfolgt. Aber ein furchtbarer Fehler hat sein ganzes Prestige zerstört; Artikel 5 und Artikel 10 seiner grundlegenden Verfassung und die Ausschließung der Besiegten haben ihm sofort den Charakter einer Art Heiliger Allianz der Sieger gegeben, die berufen ist, die unwahrscheinlichsten Begünstigten zu ordnen, die die Verträge zwischen Siegern und Besiegten festgelegt haben. Wilson hätte schon den grundlegenden Fehler begangen. Er hat den Völkerbund ins Leben gerufen, ohne zuvor den Völkern ihren Platz anzuweisen, und er hat den Besitz der besiegten Nationen und ihrer Bevölkerung verteilt, wie es getebe kam. An dem Tage jedoch, wo einmal alle Länder vertreten sind, werden die Vereinigten Staaten von Amerika das Bedürfnis verspüren, ohne Anerkennung der Verträge von Versailles, von Saint-Germain, von Trianon usw., aus ihrer Verantwortung herauszutreten, die ihnen nur schadet und ihnen eine untergeordnete Stellung anweist. Und an dem Tage, an dem alle Völker der Welt vertreten sein werden, an dem sich die Bande internationaler Solidarität von einem zum andern schließen, an dem Tage wird ein gut Stück Weg zurückgelegt sein.

- Apparate in Rückgrat- rümmungen
RUCH-NDAGEN
Flüge in den on
den-A. anning 86
Horn
K. Köpping
- Tel. 31776
ido Müller
15 und am
u. Farb.
Kuhnt
gelandstr. 9b
Oppell-Vorst.
Köhler
33 - Tel. 23 687
Drogerie
reich, Dres-
straße 45
Dietrich
gerie, Leipz.
IDA
-Löbnitz
Damen- - Kein
Preise
chf.
r., Kurz-,
umpfstrick,
wollw. usw.
akt., Weiß-
und Spielw.
Meißner
Str. 10 c
ausserant.
auschnitt
macherart.
straße 48 c
werkstätte
ren. Hüte
ützen
Farnstr. 29/7
leife
Schneide
zu haben.
straße 12
Speicher 600
an - Tabak
Kao
Margarine
inbroaden
ckerel -
und Fein-
christstollen
ther
Str. 1, Weid-
bäckerei
ig
Konditorei,
18a
Beger
und Fein-
berort
erhofstr. 9
Ruf 92 -
ohnungs-
er X
Führ-
2268
ma:
iel Nachf.
andlung
Tel. 36
Fähräder,
Werkstätte
Str. 266
für Lutske
Gartenglas,
umringe
stuch, Lion-
o, Tapeten
straße 19
Steinbeck
photostübel
Leder- und
Preise
Saal II
Hocher Ball
sims Ba
str. Nr. 19
Getränke
n und Ge-
Fleischerei
Bier
Weine
mer, gute
id Getränke
all, Schuh-
Sportschuh.
Schuhwaren
rwerkstätte
onwaren
u. Zigarett
er Straße
Str. 10a